

## **L-1 Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit**

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 09.12.2023  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag Wirtschaft

1 Ein Leben in Zufriedenheit und Wohlstand, im Einklang mit dem Planeten, mit guten  
2 Jobs, also  
3 fairen Arbeitsbedingungen und langfristig gesicherten, soliden Einkommen– all das  
4 wird nur  
5 gelingen, wenn wir jetzt den Mut haben, unsere Wirtschaft klimaneutral fit für  
6 die Zukunft  
zu machen. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen mit klimapolitischen  
Zielen und  
flankierende Investitionen. So bauen wir gemeinsam Berlin klimaneutral um,  
stärken unsere  
Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze in der Metropolregion.

7 Ob Dienstleistungsunternehmen, Industrie oder Handwerk – um auch in Zukunft noch  
8 schwarze  
9 Zahlen zu schreiben, muss heute grün investiert werden. Weltweit sind wir längst  
10 in einem  
11 Wettbewerb um die besten Klimatechnologien, um neue Produktionsstätten und Jobs  
12 der Zukunft.  
13 China und die USA, aber auch Indien oder Japan haben große Investitionsprogramme  
14 aufgelegt,  
15 um beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Batterieproduktion, bei  
Wasserstofftechnologie, grüner Stahlproduktion, bei E-Mobilität oder Wärmepumpen  
einen  
Vorsprung auf den Weltmärkten zu erarbeiten. Umso wichtiger ist es, deshalb jetzt  
an den  
richtigen Stellschrauben zu drehen, damit Berlin und Brandenburg dem Wettbewerb  
standhalten  
können, Unternehmen nicht abwandern und sich neue Unternehmen hier ansiedeln.

16 Es ist Zeit für eine aktive bündnisgrüne Wirtschafts- und Industriepolitik, die  
17 nachhaltig  
18 und systemisch wirkt und immer die ökologischen Belastungsgrenzen unseres  
19 Planeten anerkennt  
20 und sich nach diesen ausrichtet. Wir schätzen die vielen Gründer\*innen und

21 Unternehmer\*innen  
22 an unserer Seite, die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen  
23 Geschäftsmodellen arbeiten. Sie tragen mit ihren Unternehmen Verantwortung für  
24 die  
25 Wertschöpfung in unserer Stadt. Und auch Gewerkschaften fordern einen  
26 grundlegenden  
27 ökologischen Umbau der sozialen Marktwirtschaft, um gut bezahlte Arbeitsplätze  
28 dauerhaft zu  
29 sichern und neue entstehen zu lassen. Sie sind unsere Mitstreiter\*innen für  
30 sozial-  
31 ökologische Umverteilung. Das, was die Stadt Berlin dafür tun kann, muss nun  
32 beherzt  
33 angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für kleine  
34 und  
35 mittelständische Unternehmen, bei der Digitalisierung der Betriebe und der  
36 Verwaltung, bei  
37 Anreizen für private Investitionen, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der  
Unterstützung klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir  
Dienstleistungsberufe endlich deutlich aufwerten.

Berlin und Brandenburg sind auch dank grüner Regierungsbeteiligungen der letzten  
Jahre gut  
gerüstet und haben eine starke Ausgangsbasis für die anstehenden  
Transformationsprozesse:  
kreative Menschen mit innovativen Gründungsgeist, eine einzigartige  
Wissenschafts- und  
Forschungslandschaft, erneuerbare Energie, eine beispiellose digitale und  
fortschrittsgetriebene Wirtschaft und urbane nachhaltige Lebenskultur. Berlin ist  
bereits  
heute Heimat für die Industrien der Mobilitäts- und Energiewende. Berlins Start-  
Up- Szene  
und Digitalwirtschaft denkt grün und nachhaltig.

38 Wir wollen eine aktive, bündnisgrüne Industriepolitik, die Ansiedlungen von  
39 Unternehmen, die  
40 ökologisch und sozial gerecht handeln und auch ansässige Werke und Unternehmen  
41 dabei  
42 unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir Grünen stehen bereit als Partner\*innen  
43 für alle,  
44 die eine klimaneutrale Re-Industrialisierung Berlins angehen. Wir wollen, dass  
45 Berlin die  
46 neuen Chancen nutzt, die der Bund durch unseren Wirtschaftsminister und  
47 Vizekanzler Robert  
48 Habeck eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW  
49 (Gemeinschaftsaufgabe  
50 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) oder die neuen  
51

Klimaschutzverträge.

Berlin hat sich seit den 2000er Jahren wirtschaftspolitisch stark verändert und solide aufgestellt. Die Orientierung an den fünf Clustern Gesundheit, IKT, Medien & Kreativwirtschaft, Energietechnik, Verkehr, Mobilität & Logistik sowie Optik & Photonik ist ein richtiger Weg, der der gesamten Hauptstadtregion in verschiedenen Branchen Arbeitsplätze schafft. Viele dieser Unternehmen sind nicht nur in Berlin/Brandenburg tätig sondern vertreiben ihre Produkte auf der ganzen Welt. Das unterstützen wir.

52 Die Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsweisenden Technologien bietet die  
53 Chance auf eine  
54 hohe Anzahl von Arbeitsplätzen in Berlin und Brandenburg. Doch die Transformation  
55 kann  
56 vollständig nur gelingen, wenn soziale und ökologische Errungenschaften sowie  
57 betriebliche  
58 Mitbestimmungsrechte auch zukünftig gewahrt und ausgebaut werden. Die Menschen im  
59 Handwerk,  
im Dienstleistungssektor oder der Industrie, deren Berufe oft ein Höchstmaß an körperlichem Einsatz und Verzicht auf persönliche Flexibilität erfordern, müssen vom Wirtschaftswandel profitieren. Dafür müssen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen in diesen Bereichen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

60 Es sind vor allem die Menschen, die Berlin so attraktiv für  
61 Unternehmensansiedlungen machen.  
62 Und längst sind die vermeintlich weichen Themen zu harten Standortfaktoren  
63 geworden:  
64 bezahlbare Mieten, gute Kitas, Schulen, Hochschulen, Orte der Naherholung,  
65 soziale und grüne  
66 Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, ein attraktives Mobilitätsangebot des  
67 Umweltverbands, kulturelle Angebote und eine internationale Willkommenskultur.  
68 Wer dem  
69 gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den wir unter grüner  
Regierungsverantwortung mit dem Jahrzehnt der Investitionen begonnen hat. Um unsere Standortfaktoren zu schützen müssen wir den Mietenanstieg beenden, in die öffentliche und soziale Infrastruktur investieren haben. So können wir und Berlin weiter zu einer lebenswerten, prosperierenden

und klimaneutralen Metropole umbauen.

70 Damit dies schnell umgesetzt werden kann, braucht Berlin eine funktionierende  
71 Verwaltung mit  
72 schnelleren Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und digitalen  
73 Verwaltungsprozessen.  
74 Das Behörden-Pingpong muss durch eine grundsätzliche Reform der Berliner  
75 Verwaltung beendet  
werden. Wir begrüßen, dass der Regierende Bürgermeister das Thema zur Chefsache  
erklärt hat  
und stehen als Bündnisgrüne in den Bezirken und als konstruktive Opposition im  
Land bereit,  
an einem Gelingen der Reformen mitzuarbeiten.

76 Die landeseigenen Unternehmen sind wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und  
77 ihre  
78 Leistungen spielen gleichzeitig eine zentrale Rolle für die Transformation der  
79 privaten  
80 Unternehmen.  
81 Wir wollen, dass die Berliner Landesbetriebe noch viel stärker eine  
82 Vorbildfunktion für  
83 nachhaltiges Wirtschaften und gute Arbeitsbedingungen einnehmen. Ausgründungen  
84 und  
85 Tochterunternehmen sind umgehend wieder in die Muttergesellschaft zurückzuführen.  
86 Alle  
87 Unternehmen, an denen das Land Berlin direkt oder indirekt beteiligt ist, müssen  
88 ihre  
89 Beschäftigten fair bezahlen; es darf nicht sein, dass der Landesmindestlohn nur  
90 mit Zulagen  
91 erreicht wird.  
92 Die Politik muss den Rahmen für die Transformation setzen, wettbewerbliche  
93 Anreize für  
Unternehmen schaffen und dabei konsequent die sozialen Folgen beachten: Der  
CO2-Preis muss  
mit einem Klimageld verbunden werden, die Verkehrswende muss so ausgestaltet  
werden, dass  
sie für alle bezahlbar ist und mehr Sicherheit und Komfort bedeutet. Die  
energetische  
Sanierung der Wohnung muss den Mieter\*innen zugutekommen und darf nicht zu  
weiteren  
Mieterhöhungen und Renditen für private Wohnungskonzernen führen - die Wärmewende  
muss zur  
BürgerWärmeWende werden. Nur wer beides zusammenbringt, Unternehmen und  
Gewerkschaften als  
Partner ansieht, nur wer grün und gerecht gleichzeitig handelt, wird der Aufgabe  
Berlin

zukunftsicher umzubauen auch gerecht.

## 94 **1. Wirtschaft braucht Bündnisse und Fachkräfte**

95 Wir wollen dafür sorgen, dass alle Unternehmen ihren Beschäftigten ermöglichen  
96 ihre  
97 Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen und gute Löhne zahlen. Schon heute haben  
98 Unternehmen, die  
99 Nachhaltigkeit als Unternehmensziel haben, weniger Probleme Mitarbeiter\*innen zu  
100 finden,  
doch das allein reicht nicht aus: auch gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung  
sind  
dauerhaft zentral. Attraktive Arbeitsplätze sind ein wichtiges Rezept gegen  
Fachkräftemangel.

## 101 **Gute Arbeitsbedingungen schaffen**

102 Zu guten Arbeitsbedingungen gehören Tarifbindung und ein fairer Lohn, der ein  
103 gutes Leben  
104 und soziale Teilhabe ermöglicht sowie vor Altersarmut schützt. Um das zu  
105 ermöglichen, bedarf  
106 es einer kontinuierlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Wir  
107 unterstützen das  
108 Vorhaben der Grünen in der Bundesregierung und des DIW, dass 60 Prozent des  
109 prognostizierten  
110 Medianeinkommens der Vollzeitbeschäftigten nicht unterschritten werden dürfen und  
111 so der  
112 gesetzliche Mindestlohn garantiert armutsfest ist. Auf dieser Grundlage stiege  
113 der  
114 Mindestlohn in den Jahren 2024 auf 14,24 und 2025 auf 14,82 Euro, wenn die  
115 Annahmen der  
Bundesbank zu Lohnentwicklung zutreffen. Gerade in Zeiten der Rezession und  
sinkenden  
Wachstums ist es entscheidend, dass Arbeitnehmer\*innen nicht in die Armut  
abrutschen und  
sich nach wie vor ein gutes Leben leisten können. Die Transformation der  
Wirtschaft muss  
Erwerbsarmut beseitigen und prekären Arbeitsverhältnissen einen Riegel  
vorschieben, gerade  
dort, wo Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten: in  
Minijobs, in  
Scheinselbstständigkeit, befristet oder in Leiharbeit auf Abruf. Sie müssen vom  
ersten Tag  
an gleichwertig zu einer Festanstellung vergütet werden.

116 Eine monetäre Benachteiligung bei gleicher bzw. gleichwertiger Tätigkeit aufgrund  
117 des  
118 Geschlechts (Gender Pay Gap) und Diskriminierung aufgrund von  
119 Geschlechtsnichtkonformität  
120 darf es nicht mehr geben. Deshalb wollen wir die Tarifbindung in allen  
121 Wirtschaftszweigen  
122 ausweiten, insbesondere in Branchen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten. Zudem  
123 unterstützen  
124 wir nachdrücklich das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die  
125 Regelungen des  
126 Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen. Da  
127 sowohl Frauen,  
128 als auch intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen häufiger  
129 geringfügig  
130 beschäftigt sind, setzen wir uns in ihrem Sinne für sichere Arbeitsplätze und  
131 Arbeitnehmer\*innenschutz ein. Dazu gehört die gezielte Unterstützung durch die  
132 Bundesagentur  
133 für Arbeit und die Jobcenter. Minijobs sind in sozialversicherungspflichtige  
134 Beschäftigung  
135 zu überführen, der Übergang in eine reguläre Festanstellung muss oberste  
136 Priorität haben.  
137 Zudem sind Monitoring- und Kontrollmechanismen notwendig, um Ausbeutung und  
138 Diskriminierungen am Arbeitsplatz, vor allem im niedrighschwelligem Bereich,  
139 arbeitsrechtlich  
140 zu bekämpfen.

141

142 Gute Arbeitsbedingungen sollen für alle Menschen gewährleistet sein.  
143 Wir setzen uns dafür ein, dass Beschäftigte in Werkstätten für behinderte  
144 Menschen ( WfbM)  
145 umfangreiche Arbeitnehmer\*innenrechte erhalten, für einen Verbot der  
146 Taschengeldwirtschaft  
und für vollständige Betriebliche Mitbestimmungsrechte.  
Wir wollen die Rehabilitationsaufgabe der WfbM mittels anerkannter Aus- und  
Fortbildungen  
stärken und auf finanzielle Anreize und effektives Controlling setzen, damit die  
WfbM ihrer  
gesetzlichen Pflicht nachkommen, Menschen in den offenen Arbeitsmarkt zu  
vermitteln. Wir  
wollen die WfbM schrittweise in Inklusionsfirmen umbauen und das Zeitalter der  
WfbM beenden.  
Wir treten für ein echtes Wunsch- und Wahlrecht, gestützt durch eine unterstützte  
Entscheidungsfindung, und Personenzentrierung aller Arbeitnehmer\*innen mit  
Behinderungen  
ein. Wir begrüßen die von der Ampelregierung beschlossene sogenannte „vierte  
Staffel“ der  
Ausgleichsabgabe für beschäftigungspflichtige Arbeitgeber\*innen, die keine  
schwerbehinderten

Menschen beschäftigen, um die Antriebsfunktion der Ausgleichsabgabe zu verstärken. Wir fordern den Ausbau flächendeckender, offener Beratungsstellen für Interessierte und Unternehmen, unbürokratische sowie schnelle Hilfen zur Einrichtung von barrierefreien Arbeitsplätzen und Unterstützung bei Minderleistungen.

147 Gute Arbeitsbedingungen zeichnen sich nicht nur durch mehr betriebliche  
148 Mitbestimmung und  
149 starke Beschäftigtenvertretungen aus, sondern Gewerkschaften und Betriebsräte  
150 müssen ihre  
151 Rechte im Rahmen der Tarifautonomie ungehindert und effektiv wahrnehmen können.  
152 Damit die  
153 Schere bei den Einkommen nicht weiter auseinandergeht, setzen wir uns dafür ein,  
154 dass sich  
155 mehr Unternehmen in die Tarifbindung begeben. Das von der Bundesregierung  
156 geplante  
157 Tariftreue- und Tarifstärkungsgesetz, mit dem öffentliche Aufträge an  
158 Tarifbindung und  
159 Arbeitsbedingungen geknüpft werden sollen, ist ein wichtiger Schritt. Zudem  
160 wollen wir eine  
erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und eine  
wirksame  
Beschränkung der nicht tarifgebundenen Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden.  
In Berlin  
setzen wir uns für eine Wirtschaftsförderung ein, die Tarifbindung einfordert und  
auf  
Nachhaltigkeit und Guter Arbeit ausgerichtet ist. Damit das Land seine  
beträchtliche  
Marktmacht nutzt, wollen wir die vielen Vergabestellen in die Lage versetzen,  
Tariftreue bei  
der Auftragsausführung nicht nur einzufordern, sondern auch zu kontrollieren und  
durchzusetzen.

161 Um gute Arbeitsbedingungen für die Familien in unserer Stadt zu schaffen, ist  
162 eine  
163 nachhaltige Kinderbetreuungsstruktur unerlässlich. Kindertagesstätten sind  
164 vorrangig  
165 Bildungseinrichtungen – gleichzeitig ermöglichen sie erst die Berufstätigkeit von  
166 beiden  
167 Eltern.  
168 Jedes Kind hat einen Anspruch auf gute frühkindliche Bildung. Ohne den täglichen  
169 Einsatz der  
170 pädagogischen Beschäftigten hätten viele Kinder in dieser Stadt schlechtere  
171 Chancen auf

172 ihrem weiteren Bildungsweg und in ihrem Leben. Dies setzt gute Arbeitsbedingungen  
173 für  
174 pädagogische Beschäftigte voraus. Wir setzen uns daher weiterhin für die  
175 Schaffung, den  
176 Erhalt sowie die gute Ausstattung von Kindertagesstätten und der  
Kindertagespflege ein. Vor  
allem Eltern mit Kindern mit Förderbedarf brauchen hier unsere Unterstützung. Die  
frühe  
Förderung der sprachlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen und den  
Sprachfördergruppen  
der Bezirke wollen wir ausbauen, um endlich Chancengleichheit in der Bildung zu  
erreichen.  
Doch auch Armut verhindert Bildung und schadet dem Berliner Arbeitsmarkt der  
Zukunft.  
Deswegen bestärken wir unsere Familienministerin Lisa Paus darin, auf Bundesebene  
Kinder und  
ihre Eltern finanziell zu entlasten. - Besonders dort, wo Menschen nicht nur die  
Betreuungs-  
und Erziehungs-, sondern auch die finanzielle Last für Kinder alleine tragen.

177 Die Digitalisierung ermöglicht es, Arbeit anders zu gestalten. Das Land Berlin  
178 muss als  
179 Arbeitgeber der neuen Zeit gerecht werden und flexibleres Arbeiten, „New Work“  
180 und  
181 Homeoffice sowie mobiles Arbeiten ermöglichen. Überdies soll die 4-Tage-Woche in  
182 Pilotprojekten getestet werden. Essenziell ist dabei, eine digitale  
183 Chancengleichheit und  
184 Teilhabemöglichkeit zu gewährleisten. Die Stärkung der betrieblichen  
185 Mitbestimmung ist eine  
186 zwingende Voraussetzung, um verbindliche Vereinbarungen zum orts- und  
187 zeitflexiblen Arbeiten  
188 sowie neuen Arbeitsplatzmodellen zu ermöglichen und der Überlastung der  
189 Beschäftigten  
190 vorzubeugen. Jede Aufweichung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen lehnen  
wir ab.  
Für Mitarbeitende sowie Bewerber\*innen sind die Themen Diversität, Gerechtigkeit  
und  
Inklusion immer bedeutender. Gleichzeitig sind Teams, die hinsichtlich Alter,  
Geschlecht,  
Behinderung, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion oder sexueller  
Orientierung  
heterogen sind, erwiesenermaßen erfolgreicher und nachhaltiger. Deshalb wollen  
wir Berliner  
Unternehmen unterstützen, Maßnahmen zur Stärkung einer diskriminierungsfreien  
Betriebskultur  
zu etablieren - ganz nach den Prinzipien der Charta der Vielfalt.



191 **Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten**

192 Die Wahl des Standorts wird in Unternehmen heutzutage zunehmend von der  
193 Verfügbarkeit  
194 qualifizierter Arbeitskräfte beeinflusst. Fachkräfte entscheiden sich für  
195 Regionen und  
196 Städte, die sowohl beruflich als auch persönlich attraktiv sind. Erschwingliche  
197 Mieten, eine  
198 lebenswerte Stadt, erstklassige Bildungseinrichtungen, Naherholungsorte und  
199 erleichterter  
200 Familiennachzug sind somit zu harten Standortfaktoren für Unternehmen geworden.  
201 Das Finden  
und Halten von Mitarbeiter\*innen stellt viele Unternehmen und Organisationen vor  
Herausforderungen. Um dem Berliner Fach- und Arbeitskräftebedarf zu begegnen,  
fordern wir  
vom Senat, eine Koordinierungsstelle zur Behebung des Arbeits- und  
Fachkräftemangels  
einzurichten, um so die Zusammenarbeit von Verwaltung, Unternehmen und  
Bildungsträgern zu  
stärken.

202 Für die Transformation der Wirtschaft braucht es insbesondere in der  
203 Energiebranche und im  
204 Handwerk viele neue Arbeitskräfte. Um dem zu begegnen, soll das Land Berlin  
205 gemeinsam mit  
206 der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer eine Klimaberufe-  
207 Strategie  
208 entwickeln. Ein Baustein dieser Strategie soll ein Berufsorientierungszentrum für  
209 Klimaberufe sein, das dazu beiträgt, die Berufsbilder bekannter zu machen und  
210 Interesse zu  
211 wecken - insbesondere bei dort bisher unterrepräsentierten Gesellschaftsgruppen,  
u.a.  
FLINTA-Personen. Zudem soll der Senat die Einrichtung eines „OSZ Klimaberufe“  
prüfen. Im  
Rahmen der Transformation werden sich neue Berufsbilder ergeben, die auch die  
Entwicklung  
neuer Ausbildungsberufe nach sich zieht. Die Verfahren zur Schaffung neuer  
Ausbildungsberufe  
müssen daher beschleunigt werden.

212 Für die Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes braucht es überdies die  
213 Einführung der  
214 solidarischen Ausbildungsplatzumlage, wie sie in einigen Branchen bereits gelebte  
215 Realität  
216 ist. Es gibt keine Zeit mehr, weiter auf die Freiwilligkeit der Unternehmen zu  
217 setzen.

218 Darüber hinaus wollen wir in die Verbundausbildung investieren und die  
219 Zusammenarbeit  
220 zwischen Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen stärken, damit die  
221 Verbindung zwischen  
222 akademischer und beruflicher Bildung verbessert und die Gleichstellung der  
223 verschiedenen  
224 Bildungswege unterstützt wird. Um mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung  
225 zu gewinnen,  
226 wollen wir Ausbildungscoaching und eine verbindliche Berufsorientierung im  
227 letzten Schuljahr  
228 einführen. Für Arbeitnehmer\*innen in körperlich oder psychisch fordernden Berufen  
fordern  
wir ein Angebot an Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten sowie einen  
besseren Einsatz  
von Rehabilitationsmaßnahmen, um im Fall einer Beeinträchtigung, die die weitere  
Ausübung des  
Berufs verhindert, eine Weiterbeschäftigung innerhalb des Betriebs zu  
ermöglichen. Dafür  
muss das Land Weiterbildung und Umschulungen stärker fördern und monetär  
unterstützen. Um  
auch Menschen mit Behinderungen, die (noch) nicht am Erwerbsleben teilnehmen, es  
aber  
wollen, als Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen, sind stärkere Anstrengungen der  
Agenturen  
für Arbeit, Jobcenter, des Inklusionsamtes sowie weiterer Stellen auf Landes- und  
Bundesebene notwendig.

229 Menschen, die nach Berlin einwandern, sollen einer Arbeit nachgehen können. Auf  
230 Bundesebene  
231 wurde ein Einwanderungsgesetz beschlossen, das neue Zugangswege für Bildungs- und  
232 Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft. Um die  
233 Chancen des  
234 Einwanderungsgesetzes in Berlin zügig zu nutzen, bedarf es einer besseren  
235 personellen und  
236 strukturellen Ausstattung des Business Immigration Center Berlin. Die längeren  
237 Wartezeiten  
238 können durch eine Digitalisierung der Prozesse und Einrichtung eines Welcome Desk  
239 für nicht  
240 terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden. Arbeitsverbote für Geflüchtete  
241 wiederum  
242 müssen abgeschafft werden. In diesem Sinne fordern wir eine konsequente und  
243 effektive  
244 Implementierung der staatlich geförderten Maßnahmen rund um Beratungs- und  
245 Hilfestrukturen  
246 (z.B. Willkommenszentrum der SenASGIVA). Diese wollen wir bündeln, um die  
247 Potenziale des neu  
248

249 verabschiedeten Chancenaufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zu nutzen.  
250 So können  
251 wir die berufliche Teilhabe von Menschen, die bereits in der Berliner  
252 Stadtgesellschaft  
253 leben, fördern.

254  
255 Damit geflüchtete und einwandernde Personen überhaupt das Hilfe-, Arbeits- und  
256 Bildungssystem nutzen können, braucht es mehrsprachige und niedrighschwellige  
257 Beratungsangebote. Diese müssen nicht nur Broschüren liefern, sondern es muss im  
258 persönlichen Kontakt weitervermittelt und unterstützt werden, z.B. auch bei dem  
259 Schreiben

260 von Bewerbungsschreiben und Lebensläufen.

261 Wir müssen unsere Volkshochschulen, Sprachförderzentren und freien Träger  
262 stärken, um die

263 Sprachförderung teilnehmendenorientiert zu gestalten und bessere

264 Arbeitsbedingungen für

265 Sprachlehrer\*innen schaffen. Es braucht Berufssprachkurse, die fachspezifisch  
fördern und

bei denen Fachexpert\*innen und Sprachlehrer\*innen gemeinsam unterrichten.

Sprachkurse müssen

zu unterschiedlichen Tageszeiten angeboten werden, damit alle Menschen an ihnen  
teilnehmen

können. Zuletzt müssen Prüfungsvorbereitungen endlich außerhalb von Ferien  
stattfinden.

Ein weiteres großes Potenzial für den Berliner Arbeitsmarkt können wir durch die  
Steigerung

der Erwerbstätigkeit von Frauen heben. Das setzt die richtigen Strukturen und  
Chancengleichheit voraus. Die Kapazitäten für Kitas und Schulen müssen ausgebaut  
und die

Qualität in der Betreuung der Kinder kontinuierlich erhöht werden. Auch Angebote  
für

Pflegebedürftige müssen erweitert werden, um Familien bei der Betreuung von  
Angehörigen

entlasten. Zudem setzen wir mit präventiven Maßnahmen auf die Unterstützung von  
Mädchen und

jungen Frauen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder ins Studium.

Auch den

Frauenanteil in Führungspositionen in Berliner Unternehmen wollen wir weiter  
erhöhen. Vor

allem die Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten mit Frauen sollen die  
Zielvorgaben des

Zweiten Führungspositionengesetz (FüPoG II) und des Landesgleichstellungsgesetz  
(LGG)

erreichen.

266 Neben einem attraktiven Arbeitsplatz zählt die erschwingliche Wohnung zu den  
267 harten  
268 Standortfaktoren, um gut ausgebildete Fachkräfte anwerben und halten zu können.  
269 Berlin  
270 braucht ökologischen und nachhaltigen Wohnungsbau, um dem kontinuierlich  
271 steigenden Bedarf  
272 an Wohnraum über alle Einkommensgruppen hinweg, insbesondere aber für Menschen  
273 mit niedrigem  
274 Einkommen, gerecht zu werden. Angebotsfördernde Maßnahmen, welche im  
275 Gleichschritt für die  
276 Schaffung sozialen Wohnraums sorgen müssen, stellen wir in den Fokus. Wir  
277 unterstützen daher  
278 neue Initiativen verschiedener Unternehmen, Werkwohnungen für ihre Beschäftigten  
279 zu  
280 schaffen. Dabei ist es wichtig, die dadurch steigende Abhängigkeit von  
281 Beschäftigten von  
282 ihren Arbeitgebern im Blick zu behalten.  
283 Um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen, fordern wir die  
284 Einrichtung eines  
285 Azubi-Werks in Berlin.  
286  
287 Damit die hohe Arbeitslosenquote in Berlin dauerhaft gesenkt werden kann, gilt es  
288 weitere  
289 Maßnahmen zu ergreifen. Wir wollen uns mit der viel zu hohen  
290 Langzeiterwerbslosigkeit nicht  
291 abfinden. Denn es gibt viel zu tun – und zugleich suchen viele Menschen eine  
292 sinnstiftende  
293 Tätigkeit! Oft liegt es an zu hohen Anforderungen oder schlechten  
294 Arbeitsbedingungen  
295 angebotener offener Stellen, an gesundheitlichen Einschränkungen oder  
296 Diskriminierung  
297 aufgrund des Alters, der Herkunft oder der Dauer der Arbeitslosigkeit, dass  
298 Menschen keine  
299 Arbeit finden. Wir wollen dagegen allen Menschen ein Angebot für einen gut  
bezahlten und  
sinnvollen Job machen. So bekämpfen wir prekäre Arbeitsverhältnisse und  
Niedriglöhne,  
schaffen unfreiwillige Arbeitslosigkeit ab, sorgen für mehr Gerechtigkeit, und  
sorgen dafür,  
dass alle Menschen, die arbeiten möchten, das tun können! Insbesondere  
erfolgreiche  
Pilotprojekte, wie z.B. das der sog. „Jobgarantie“, welche aktuell in Österreich  
und  
Frankreich durchgeführt werden, gilt unsere Aufmerksamkeit. Wir wollen ihre  
Umsetzbarkeit  
anhand eines an die Besonderheit der Großstadt Berlin angepasstes Modellprojekt  
überprüfen.

Wir sehen Vollbeschäftigung als Aufgabe des Staates und wollen, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die aufs Gemeinwohl ausgerichtet sind, jeder Person in Berlin einen Job, mit sozialverträglichem Lohn, inklusive Sozialleistungen, möglichst zur Verfügung stellen. Ziel ist es, die Wirtschaft zu stabilisieren und insbesondere Langzeiterwerbslosen wieder die Möglichkeit der Arbeit zu bieten. Es bedarf Beratungsstellen, die sensibilisiert mit Betroffenen umgehen und abseits von Vorurteilen die Menschen unterstützen und betreuen. Landesmaßnahmen wie das Jobcoaching sollen finanziell abgesichert sein und ausgebaut werden. Wir wollen es Betroffenen mithilfe von Peer-Konzepten leichter machen, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

## 300 **2. Wirtschaft braucht Investitionen**

301 Im Land und in den Bezirken wollen wir Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer  
302 Wirtschaft  
303 setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler  
304 Industrien und  
305 Unternehmen erleichtert und verlässliche Rahmenbedingungen schafft, sowie Anreize und  
Standortsicherheit für unternehmerische Investitionen, um die Wirtschaft der  
Hauptstadt  
nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten.

## 306 **Nachhaltig in Berlin investieren**

307 Mit der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg  
308 (innoBB 2025)  
309 haben wir in den letzten Jahren einen Fokus auf Mobilität und Logistik,  
310 Energietechnik,  
311 Gesundheits- und Digitalwirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft und Optik und  
312 Photonik  
gelegt und bieten hiermit ein einzigartiges Ökosystem von Wirtschaft, Forschung und  
engagierten Fachkräften. Berlin muss auch in Zukunft eng und im Bündnis mit  
Brandenburg  
vorangehen. Nur so können wir die Transformation leisten.

313 Private Unternehmen tragen einen großen Teil der Verantwortung für die

314 Wertschöpfung in  
315 unserer Stadt. Sie stehen täglich vor vielfältigen Herausforderungen, so auch  
ihre eigenen  
Produktions- und Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten.

316 Dafür haben sie unsere Wertschätzung. Wir fördern insbesondere kleine und  
317 mittelständische  
318 Unternehmen, die Unterstützung brauchen, bei ihrem Umbau und ihren Investitionen  
319 in  
320 klimaneutrale Anlagen. Es ist vor allem wichtig, die Branchen im  
321 Transformationsprozess  
322 voranzubringen, die beim Klimaschutz vor besonderen Herausforderungen stehen und  
323 die für die  
324 Pariser Klimaziele von entscheidender Bedeutung sind. Zugleich wird uns  
325 darüber  
326 bewusst, dass nicht alle Anlagen sofort klimaneutral werden können.  
327 Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) muss zu einem starken Instrument  
328 der  
329 Transformation werden. Die Kredit- und Förderprogramme müssen konsequent an den  
330 Klimazielen  
331 und den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Besonders in  
332 Zeiten höherer  
333 Zinsen können die IBB-Förderprogramme wieder eine starke Wirkung entfalten, wenn  
Nachhaltigkeit ein grundlegendes Kriterium ist. Wir brauchen statt allgemeiner  
Innovations-  
und Arbeitsplatzförderung gezielte Förderprogramme für die Transformation, z. B.  
um  
mechanische Verwertungsverfahren in der Kreislaufwirtschaft einzuführen. Bei  
allen  
Förderansätzen gilt jedoch, dass keine klimaschädlichen Investitionen und  
Geschäftsmodelle  
subventioniert werden dürfen. Die Geschäfts- und Förderpolitik von Berlin Partner  
wollen wir  
auf die Berliner Klimaziele, Nachhaltigkeit und Resilienz der Berliner Wirtschaft  
gegenüber  
zukünftigen Krisen ausrichten. Zudem soll die Zielgruppe sozialer und  
solidarischer  
Unternehmen stärker adressiert werden.

334 Darüber hinaus möchten wir Green StartUps fördern, die mit innovativen Ideen und  
335 Produkten  
336 den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft ebnen. Dies umfasst neben dem Zugang zu  
337 Finanzierung, sowie zu Beratungs- und Netzwerkangeboten, die jungen Unternehmen  
338 helfen, sich  
339 am Markt zu etablieren und zu expandieren, auch die Bereitstellung grundlegender  
Infrastruktur. Berlin benötigt nicht nur einen lückenlosen 5G-Empfang, sondern

insbesondere

auch den vollständigen Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur in der gesamten Stadt.

340 Um nachhaltige Wirtschaftsimpulse zu setzen, wollen wir bestehende  
341 Gründungszentren und die  
342 11 Berliner Zukunftsorte zu Transformationsorten weiterentwickeln. Diese Orte  
343 sollen zu  
344 Inkubatoren für nachhaltige Innovationen und grüne Geschäftsmodelle werden, die  
345 Wirtschaft,  
346 Wissenschaft und Gesellschaft miteinander vernetzen und Synergien schaffen. Im  
347 Zusammenspiel  
348 mit dem von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe etablierten  
349 "Einheitlichen Ansprechpartner Berlin" sollen sie zu Anlaufstellen für  
350 Gründungsberatung, -  
förderung und -anmeldung werden. Ziel ist es, den Gründungsprozess für  
Gründungswillige  
weiter zu vereinfachen und Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden zu  
ermöglichen.  
Hier kann das Institut für Angewandte Forschung Berlin (IFAF Berlin) eine  
zentrale Rolle  
spielen und den Raum für Experimente, Wissensaustausch und kooperative Projekte  
eröffnen,  
die den ökologischen und sozialen Wandel vorantreiben.

351 Wir erwarten, dass das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“  
352 so genutzt  
353 wird, dass die Mittel stets zusätzlich zu bisherigen Maßnahmen im Kernhaushalt  
354 sind und  
355 keine Verlagerung von Maßnahmen aus dem Kernhaushalt erfolgt. Alle Maßnahmen  
356 müssen zudem  
357 eine nachgewiesene hohe klimaschützende Wirkung haben. Der Forderung aus der  
358 Zivilgesellschaft, dass bei der Auswahl der Maßnahmen und der Überprüfung von  
359 deren  
Wirkmächtigkeit Expert\*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden  
sein sollen,  
schließen wir uns an. Der Fokus des Sondervermögens muss dabei auf den  
landeseigenen  
Investitionen liegen. Dort wo Förderprogramme für die Wirtschaft etabliert oder  
ausgebaut  
werden, muss durch die Programme klimaneutrales Wirtschaften gefördert werden.

360 Es ist richtig, dass der Senat vor dem Hintergrund des Urteil des  
361 Bundesverfassungsgerichts  
362 zum Klima- und Transformationsfonds ein weiteres Gutachten zur Ausgestaltung des  
363 Sondervermögens angekündigt hat. Der Gesetzentwurf muss im Anschluss an das  
Gutachten

überarbeitet und unter Berücksichtigung des Urteils verfassungskonform ausgestaltet werden.

364 **Im Sinne des Gemeinwohls fördern**

365 Soziale Unternehmen und die solidarische Wirtschaft sind Treiber\*innen der  
366 ökologischen und  
367 sozialen Transformation der Berliner Wirtschaft und Gesellschaft. Mit ihren am  
368 Gemeinwohl  
369 orientierten Geschäftsmodellen und Projekten eröffnen sie neue Wege, um die  
370 digitalen,  
371 sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Daher haben wir die  
372 Förderprogramme des Landes besser auf diese zukunftsweisenden Unternehmen  
373 zugeschnitten. Wir  
fordern, dass der Senat hier anknüpft und die Förderung weiter ausbaut, weitere  
Vernetzungsangebote schafft, und nach dem Vorbild der „Nationalen Strategie für  
soziale  
Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen“ der Bundesregierung  
strukturelle  
Hemmnisse für eine positive Entwicklung des gemeinwohlorientierten Sektors in  
Berlin abbaut.

374 Genossenschaften tragen zur demokratischen Selbstbestimmung bei und zeichnen sich  
375 durch ihre  
376 Langlebigkeit aus. Sie sind z.B. im Bereich Wohnen und Energie aktiv und  
377 fungieren ebenso  
378 als bewährte Rechtsform kooperativ wirtschaftender Unternehmen. Gründer\*innen,  
379 die  
380 Genossenschaften ins Leben rufen wollen, sollen gezielte Unterstützung des Landes  
z. B. bei  
Beratungsleistungen, sowohl im rechtlichen als auch finanziellen Bereich  
erhalten.  
Beschäftigte, die in einer solchen kooperativen Form in gemeinsamer Verantwortung  
die  
Unternehmensnachfolge sichern, sollen eine besondere Förderung erhalten.

381 Die öffentliche Auftragsvergabe von Senat und Bezirken möchten wir effizienter  
382 und  
383 zielgerichteter gestalten und die Mitarbeiter\*innen der Verwaltung entlasten.  
384 Dafür müssen  
385 wir die Verfahren bündeln, etwa nach Produktgruppen, und die Mitarbeiter\*innen in  
386 die Lage  
387 versetzen, für eine nachhaltige Beschaffung soziale und ökologische Kriterien mit  
388 der  
389 Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in Einklang zu bringen und fundierte  
390



391 Entscheidungen zu  
392 treffen. Dass wir Beschaffungsvorgänge anwendungsfreundlicher gestalten und  
393 Bürokratie  
394 abbauen müssen, steht dazu nicht im Widerspruch. Die öffentliche Auftragsvergabe  
395 muss dabei  
396 auch auf kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Startups und junge  
397 Unternehmen  
398 ausgerichtet sein. Wir ermöglichen deshalb einen vereinfachten, rechtssicheren  
399 Zugang für  
400 solche Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen in Berlin.  
401

Zudem soll Berlin seine Marktmacht im Rahmen der öffentlichen Beschaffung stärker für die Förderung klimaneutraler Dienstleistungen und Waren nutzen und das existierende öko-soziale Beschaffungswesen zu einer klimaneutralen Beschaffung weiterentwickeln. Erstmals 2025 sollen Kriterien zur Berücksichtigung aller THG-Emissionen, die entlang der gesamten Wertschöpfungskette durch die zu beschaffenden Produkten und Dienstleistungen entstehen, bei der Vergabe von Aufträgen an Unternehmen eine Rolle spielen. Die Gewichtung dieses Kriteriums und das damit einhergehende Ziel einer klimaneutralen Beschaffung soll Jahr für Jahr zunehmen und schließlich dazu führen, dass Berlin ab Beginn des nächsten Jahrzehnts nur noch klimaneutral beschafft, wie dies z.B. auch der National Health Service im Vereinigten Königreich anstrebt.

402 Vergabeprozesse sollen vermehrt Innovationspartnerschaften vorsehen, z.B.  
403 zwischen Startups,  
404 etablierten Unternehmen und der öffentlichen Hand. Damit werden mehr innovative  
405 Projekte  
möglich, die jungen Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Ideen zu skalieren und erfolgreich am Markt zu platzieren.

### 406 **Den neuen Wohlstand finanzieren**

407 Bündnisgrüne Finanzpolitik kann entscheidend dazu beitragen, das  
408 gesellschaftliche  
409 Zusammenleben und die Transformationsprozesse aktiv zu gestalten. Die 2022 in  
410 Kraft  
411 getretene EU-Taxonomie, die ein finanzpolitisches Klassifizierungsinstrument für

412 die  
413 Klimawirksamkeit von Wirtschaftsaktivitäten darstellt, wird auch in Berlin eine  
414 große  
415 Wirkung entfalten. Bei der Umsetzung wollen wir die Unternehmen unterstützen.  
416 Grüne Finanzpolitik ist aber mehr: Hierzu sind neben der Förderung nachhaltiger  
417 Unternehmen  
418 auch Investitionen in eine klimaneutrale öffentliche Daseinsvorsorge und  
419 Infrastruktur, wie  
420 Schulen und öffentlicher Nahverkehr, zentral. Die derzeitigen Schuldenregeln  
421 bremsen jedoch  
422 wichtige staatliche Investitionen aus und gefährden damit den gesellschaftlichen  
423 Zusammenhalt, die wirtschaftliche Entwicklung und die Transformation hin zu einem  
424 klimaneutralen und resilienten Berlin. Die Schuldenbremse hat sich als echte  
425 Zukunftsbremse  
426 erwiesen. Sie schränkt den staatlichen Handlungsspielraum für die dringend  
427 erforderliche  
428 sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft massiv ein und  
429 gefährdet  
430 so die Durchsetzung der Klimaziele und deren soziale Absicherung. Die Einhaltung  
431 der Pariser  
Klimaschutzabkommen ist unter den Finanzierungsbedingungen der Schuldenbremse  
nicht möglich.  
Gleichzeitig hat das Bundesverfassungsgericht dem Klimaschutz Verfassungsrang  
eingeräumt.  
Wir sehen uns durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und  
Transformationsfonds in unserer Kritik an der unflexiblen, im Grundgesetz  
festgeschriebenen  
Schuldenbremse bestätigt. Das Urteil hat die die Dringlichkeit zu einer  
grundlegenden  
Überarbeitung der verfassungsrechtlichen Regeln für die staatliche Kreditaufnahme  
noch  
einmal deutlich erhöht, um weiterhin kreditfinanzierte Investitionen tätigen zu  
können und  
dabei die volle parlamentarische Kontrolle zu gewährleisten. Wir wollen die  
Schuldenbremse  
in ihrer jetzigen Form abschaffen und die Schuldenregeln reformieren. Zukünftig  
sollen die  
Schuldenregeln für Bund und Länder so ausgestaltet werden, dass sie die dringend  
notwendigen  
Investitionen in die Zukunft ermöglichen.

432 Gleichzeitig setzen wir auch auf EU-Ebene für eine Flexibilisierung der EU-  
433 Schuldenregeln  
434 zugunsten von kreditfinanzierten Investitionen, insbesondere um eine Erreichung  
der EU-weite  
Klimaziele zu ermöglichen.

435 In 1,5 Jahren bündnisgrüner Verantwortung im Finanzsenat haben wir die Finanz-  
436 und  
437 Haushaltspolitik stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Im Januar 2023 haben  
438 wir die erste  
439 Nachhaltigkeitsanleihe des Landes Berlin mit sehr großem Erfolg aufgelegt. Durch  
440 diese wird  
441 die ökosoziale Transformation Berlins unterstützt und sie zeigt, dass die  
442 ökologische  
Transformation mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur Hand in Hand zu denken  
ist. Dies  
muss fortgeführt und ausgebaut werden. Der schwarz-rote Senat wirft die  
Nachhaltigkeit  
jedoch über Bord und zeigt mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/25 und dem  
darin  
enthaltenen Abschmelzen aller Rücklagen, wie kurzsichtig und unseriös er  
wirtschaftet.

443 Unsere bündnisgrünen Senatsverwaltungen für Finanzen und Klimaschutz hatten (mit  
444 der  
445 Haushaltsaufstellung für die Jahre 2024 und 2025) begonnen, die Klimawirksamkeit  
446 staatlicher  
Ausgaben im Rahmen eines Klimamonitorings zu erfassen. Dieser Ansatz einer  
nachhaltig  
orientierten Finanz- und Haushaltspolitik soll zu einem Klimabudget ausgebaut  
werden.

### 447 **3. Wirtschaft braucht nachhaltige Ressourcen**

448 Wissenschaftler:innen des Wuppertal Institut und des Instituts der Deutschen  
449 Wirtschaft  
450 sprechen von einem „Renewables-Pull-Faktor“ und meinen damit, dass international,  
451 aber auch  
452 im Wettbewerb der deutschen Regionen, die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien  
453 eine immer  
454 wichtigere Rolle bei Standortentscheidungen von Unternehmen spielen wird. Bereits  
455 heute  
456 werden Neuansiedlungen im Ost und Norden Deutschlands genau damit begründet und  
457 Länder wie  
458 Bayern befürchten aufgrund fehlender erneuerbarer Energie Industrieabwanderungen.  
459 Es wird  
460 immer klarer: der Ausbau der Erneuerbaren ist aktive Industriepolitik. Wir setzen  
461 uns dafür  
462 ein, dass in Gewerbegebieten Anlagen – Solar, Wärmetauscher, Geothermie wie auch  
Wind –  
schneller genehmigt und errichtet werden können und der Strom direkt vor Ort  
nutzbar ist.

Mit Einspeisung in Fernwärmenetze und lokale Nahwärmenetze können Gewerbegebiete so auch einen Beitrag zur Wärmewende im privaten Bereich leisten. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat darüber hinaus das Potenzial, zum grünen Standort für nachhaltige Batterieproduktion zu werden – mit ausschließlicher Produktion über erneuerbare Energien, einer Second-Life-Industrie zur Zwischenspeicherherstellung und dem Recycling wertvoller Ressourcen.

463 Wir müssen alle Formen der Energiespeicherung verbessern und die Forschung darin  
464 deutlich  
465 stärken. Neben besseren Batterien und dekarbonisierten Wärmenetzen wird auch  
466 echter grüner  
467 Wasserstoff eine entscheidende Rolle spielen. Dabei wird Wasserstoff zuvorderst  
468 für  
469 Industrie und auf der Langstrecke beim Schiffs- und Luftverkehr sinnvoll sein.  
Das Land  
Berlin muss seiner Verantwortung gerecht werden und klar den Vorrang von  
Wasserstoff für die  
Wirtschaft aussprechen und darf nicht länger Wasserstoff als die Allzwecklösung  
für alle  
Bereiche verplanen.

470 Brandenburg hat gemeinsam mit Berlin einen Maßnahmenkatalog für den Aufbau einer  
471 Wasserstoffstrategie vorgelegt. Der neue Berliner Senat ist bis heute eine  
472 maßnahmengenaue  
473 Unterlegung der H2-Roadmap schuldig geblieben. Wir fordern eine eigene  
474 Wasserstoff-Strategie  
475 in Berlin, die systematisch die bestehenden Industriegebiete und Zukunftsorte in  
476 den Blick  
477 nimmt und diese ins Wasserstoff-Zeitalter holt. Die vom schwarz-roten Senat  
verfolgte  
Strategie, Wasserstoff für die Wärmeversorgung einzusetzen, könnte sich zum  
Standortrisiko  
für die Berliner Industrie entwickeln, die auf grünen Wasserstoff für die  
energieintensive  
Produktion angewiesen ist.

478 Ein Schwerpunkt jeder nachhaltigen Wirtschaftspolitik liegt auf der Förderung der  
479 Kreislaufwirtschaft. Rohstoffe sind nicht nur in der Erde und in allen  
480 Investitionsgütern  
481 und Produkten, sondern auch in Gebäuden, Infrastrukturen und Deponien vorhanden.  
482 Besonders  
483 das Recycling kritischer, für die Transformation notwendiger Rohstoffe trägt zur

484 größeren  
485 Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten bei. Es stärkt die Resilienz Berlins und  
486 reduziert  
487 die Abhängigkeit von kritischen Importen. Wir wollen die Wiederverwendung und  
488 Weiternutzung  
489 von Rohstoffen steigern.

491 Daher wollen wir Unternehmer\*innen aller Branchen und Sektoren dazu ermuntern und  
492 dabei  
unterstützen, sich ambitionierte Ziele für Klimaneutralität und eine effektive  
Kreislaufwirtschaft entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu setzen und  
diese auch mit  
Nachdruck zu verfolgen. Dafür sollen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu  
Klimaschutzmanager\*innen und anderen Schlüsselberufen sowie der Wissensaustausch  
zwischen  
Unternehmen und Forschungseinrichtungen gestärkt und Beratungsangebote und  
Investitionsprogramme der IBB ausgebaut werden.

493 An zentraler Stelle steht der Bau- und Gebäudesektor. Laut dem Bundesumweltamt  
494 haben  
495 Bauabfälle mit ca. 60 % den höchsten Einzelanteil im Abfallaufkommen und haben  
496 mit Abstand  
497 den größten Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Deshalb muss mit der Bauordnung auch der  
498 Abriss von  
499 Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur  
500 noch mit  
501 wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden.  
502 Insbesondere  
503 im Neubau müssen Bauregeln eingeführt werden, die darauf setzen, dass der  
504 Gebäudebestand  
505 erst gar nicht abgerissen wird. Einfache und materialsparende Bauweise, ebenso  
506 wie flexible  
507 Gebäudestrukturen, die unterschiedliche Nutzungen ermöglichen, führen zu  
508 geringeren  
509 Herstellungs- und Instandhaltungskosten und gewährleisten deutlich längere  
Lebenszyklen. Das  
spart Rohstoffe und Energie, verringert CO<sub>2</sub>-Emissionen und führt zu  
preisgünstigen  
Mietshäusern.  
In der Bauordnung muss dringend die Klimakrise beispielsweise durch mehr Grün,  
Netto-Null-  
Versiegelung und Schwammstadt-Konzepte berücksichtigt werden, ebenso wie die  
Notwendigkeit  
zur Anpassung an Extremwetterereignisse. Zusätzlich hierzu muss die Resilienz der  
Berliner  
Wirtschaft auch durch einen sektorübergreifenden Hitzeaktionsplan, eine Berliner

Starkregengefahrenkarte und die Förderung innovativer Lösungen zur Klimaanpassung gestärkt werden.

510 Um dem Innovationspotenzial sowohl im Bestand als auch im Neubau zum Durchbruch  
511 zu verhelfen  
512 und die Bauwirtschaft und den Immobiliensektor zukunftsfähig aufzustellen, wollen  
513 wir das  
514 dafür notwendige und im Innovationsprozess entstehende Wissen und Know-how in  
Zusammenarbeit  
mit Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, Kammern und Wirtschaftsverbänden in  
einem  
Berliner Bauinnovationszentrum bündeln und zugänglich machen.

515 Wasser wird zunehmend knapp und ist eine Ressource, die besser geschützt und im  
516 Kreislauf  
517 geführt werden muss. Wir brauchen Wasserpreise, die Unternehmen ausreichend  
518 Anreize zum  
519 sparsamen Wasserverbrauch geben, denn der Wasserfußabdruck von Unternehmen spielt  
520 eine  
521 wichtige Rolle. Zudem müssen Wasserrechte und Wasserverbrauch von Unternehmen in  
522 Berlin  
523 transparenter werden. Bei Gebühren, wie etwa den Wasserpreisen für Haushalte  
wollen wir eine  
soziale Staffelung erreichen. Ausgehend vom Durchschnittsverbrauch der jeweiligen  
Haushaltsgröße, wollen wir die Preise bis zu einer Grundmenge senken. So  
entlasten wir  
Geringverdiener\*innen, die von der Teuerung der letzten Zeit besonders hart  
getroffen  
wurden.

#### 524 **4. Wirtschaft braucht Forschung und Innovation**

525 Für eine nachhaltige und prosperierende Stadt haben Aus-, Fort- und  
526 Weiterbildung,  
527 Innovation und Unternehmertum eine Schlüsselrolle inne. Wir setzen uns für eine  
528 Wirtschafts-  
und Wissenschaftspolitik ein, die kreative Ideen fördert, technologische  
Fortschritte  
unterstützt und dabei konsequent auf ökologische und soziale Standards achtet.

529 Wir bekennen uns zu der Freiheit von Forschung und Lehre und wollen die wichtige  
530 Vorbildrolle, die Hochschulen, deren Lehrkräfte, Forscher\*innen und Student\*innen  
531 bei der  
532 sozial-ökologischen Transformation einnehmen, fördern. Dabei müssen wir Schritt-

533 und  
534 Sprunginnovationen gleichermaßen in den Blick nehmen. Wir sehen in innovativen  
535 Durchbrüchen  
536 das Potenzial, nachhaltige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft  
537 herbeizuführen und  
538 Berlin als Standort für zukunftsweisende Technologien und Geschäftsmodelle zu  
539 stärken. Doch  
540 soll die Konzentration auf Disruptionen nicht den Blick darauf verstellen, dass  
die meisten  
Errungenschaften durch graduelle Verbesserungen und kontinuierliche  
Forschungspfade  
aufeinander aufbauender Entwicklungen ihre heutige Reife erhalten haben. Wir  
unterstützen  
daher Förderansätze, die den Weg von der Idee bis zur Marktreife effektiv  
unterstützen, und  
neben den Ressourcen auch Rahmenbedingungen, die Innovationsprozesse begünstigen  
und  
beschleunigen schaffen.

541 Dabei gilt es Zukunftstechnologien, wie z. B. Künstliche Intelligenz, deren  
542 Entwicklung  
543 rasend schnell geht, gezielt voranzubringen. Die Grundsatzentscheidung, ob Berlin  
544 in diesem  
545 Bereich auch zukünftig ein relevanter Player sein wird, muss jetzt getroffen  
546 werden. Berlin  
547 verfügt bereits über Leuchtturmprojekte, die ihre Leuchtkraft aber noch nicht  
548 vollständig  
549 entfalten konnten. Das Berliner Kompetenzzentrum BIFOLD ist eines der fünf  
550 geförderten  
551 nationalen universitären KI-Zentren. Allerdings holen andere Standorte in  
552 Deutschland mit  
553 massiven Investitionen und großer landespolitischer Unterstützung stark auf. Im  
554 Gegensatz zu  
klassischen Startups, zum Beispiel aus den Ingenieurdisziplinen, findet KI-  
Grundlagenforschung ihren Weg schnell in die Anwendung. Um den Standortvorteil  
Berlins  
auszuschöpfen, bedarf es weiterer finanzieller Unterstützung der  
Forschungseinrichtungen, um  
eine Vernetzungsplattform für die gesamte KI-Szene Berlins zu bieten und so  
interdisziplinäre und innovative Forschung zu ermöglichen. Es bedarf außerdem der  
Flankierung und Verknüpfung von landeseigener Wissenschaftsförderung mit dem  
Kompetenzzentrum, um die KI-Forschungslandschaft in Berlin stärker zu bündeln.

### 555 **5. Wirtschaft braucht Platz**

556 Unsere Stadt braucht Lager-, Produktions- und Werkstattflächen, Ladenflächen und

557 Büroflächen. Sie stehen in Konkurrenz zu anderen Nutzungen, u. a. oft zum Wohnen.  
558  
559 Vielfältige Nutzungen im verdichteten Raum gehören zur DNA unserer Stadt. Unser  
560 Ziel ist es,  
561 das Miteinander zu organisieren, nicht das Gegeneinander. Wir wollen kreative und  
562 produktive  
563 Räume in Berlin erhalten und neue schaffen. Wir setzen uns für die Entwicklung  
564 und Zulassung  
565 von Mischgebieten ein, die das Wohnen, soziale Infrastruktur, Kultur und Gewerbe  
566 harmonisch  
567 miteinander vereinen. In diesen Zonen soll eine nachhaltige, integrierte  
568 Stadtplanung  
569 ermöglicht werden, die kurze Wege fördert, soziale Interaktion stärkt und  
570 gleichzeitig Raum  
571 für innovative Industrie- und Gewerbeansiedlungen schafft. Synergien für die  
572 Wärmewende  
573 wollen wir nutzen.  
574

575 Die Rückkehr der Industrie in die Stadt ist dank Digitalisierung und  
576 emissionsarmen,  
577 umweltverträglichen und nicht störenden Produktionsmethoden von der Vision in  
578 greifbare Nähe  
579 gerückt. In einer Zeit, in der Resilienz, Geschwindigkeit und Effizienz eine  
580 herausragende  
581 Rolle spielen, liegen die Vorteile in der Stadt. Die Chancen, die X-  
Manufacturing, Industrie  
4.0, Rapid Prototyping sowie additive Fertigung bieten, wollen wir konsequent  
nutzen.

Die Entwicklung der Gewerbemieten setzt Betriebe und soziale Einrichtungen stark  
unter  
Druck. Durch ein flächendeckendes Gewerbekataster soll die Verfügbarkeit von  
Gewerbeflächen  
dynamisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. Landeseigene  
Gewerbeimmobilien  
können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Unternehmen die benötigten Flächen,  
möglichst  
energieeffiziente Gebäude und Infrastruktur (inkl. erneuerbarer Energie durch  
Photovoltaik-  
Anlagen auf den Dächern) bereitzustellen. Landes- und bezirkseigene  
Gewerbegebiete in Berlin  
sollen konsequent klimaneutral ausgerichtet werden.

582 Die bestehenden Gewerbegebiete wollen wir in produktive, klimaangepasste  
583 Stadtquartiere



584 transformieren. Wo städtebaulich verträglich und möglich soll unter Einbindung  
585 der  
586 bestehenden Nutzer\*innen eine Stapelung von verschiedenen Gewerbetypen und  
587 Nutzungen  
588 angestrebt werden. So kann bereits versiegelter Boden mit einer höheren  
589 Flächeneffizienz  
590 ausgenutzt und die Transformation zu Formen nachhaltigen Wirtschaftens gefördert  
591 werden. Mit  
592 dem Umbau der Gewerbegebiete können Maßnahmen der Klimaanpassung vorgenommen  
593 werden, zum  
594 Beispiel um lokalen Hitzeinseln und Überschwemmungen vorzubeugen.

596 Das Angebot an landeseigenen Gewerbeflächen und die Standortprofile der  
597 Gewerbehöfe,  
598 Gründer- und Innovationszentren müssen erhöht werden und die Flächenvergabe muss  
transparent  
und gemäß dem Leitbild klimaneutraler und nachhaltiger Wirtschaft an Unternehmen,  
vergeben  
werden. Aktuell wird der erste neue landeseigene Gewerbehof von der WISTA  
Management GmbH in  
Berlin Lichtenberg geplant, aber der neue Senat bringt hier nichts voran. Wir  
brauchen  
dringend weitere landeseigene Gewerbehöfe für die Gründungsförderung,  
Innovations- und  
Industriepolitik, KMU-Förderung und generelle Unternehmensansiedlung. Grundstücke  
für  
Gewerbe gemeinwohlorientiert und nachhaltig entwickeln – das heißt für uns auch  
die  
Förderung der Gründung von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz.

599 Wir treten energisch dafür ein, das Handwerk zukunftssicher und nachhaltig zu  
600 gestalten. Das  
601 Berliner Handwerk in seiner ganzen Vielfalt ist einer der wichtigsten  
602 Wirtschaftsfaktoren in  
603 Berlin und spielt eine tragende Rolle auf dem Weg der Stadt zur Klimaneutralität:  
604 ob bei der  
605 energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Bau von Solaranlagen oder beim Einbau  
606 von  
607 Heizungstechnik, die auf Erneuerbaren basiert. Wir wollen lokale Betriebe stärken  
608 und ihre  
609 Verdrängung stoppen. Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene  
610 Gewerbeflächen  
611 genauso wie auf Bundesebene eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen  
612 Gewerbemietpreis, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.  
613 Gerade für  
614 Betriebe, die einen Beitrag zur Transformation in eine soziale oder  
615

616 umweltschützende und  
Klimaneutrale Wirtschaft leisten, sind sowohl Werkzeuge zur Stabilisierung und  
Minderung  
ihrer Mieten, als auch Maßnahmen für einen besseren Bestands- und  
Kündigungsschutz zu  
entwickeln. Wir fordern Indexmietverträge zukünftig nicht nur beim Wohnen,  
sondern auch beim  
Gewerbe zu untersagen und eine Kappungsgrenze für bestehende Indexmietverträge  
einzuführen.  
Auch die Erweiterung des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung auf  
Gewerbeneubau ist längst überfällig, um neuen bezahlbaren Gewerberaum zu  
schaffen.  
Angesichts der hohen Inflation und Energiekosten setzen wir uns für einen  
Mietenstopp für  
Kleingewerbe und soziale Infrastruktur ein. Genossenschaftliche Ansätze auch im  
Gewerbebereich wollen wir unterstützen und fördern.

## 617 **6. Wirtschaft braucht Verkehrswege**

618 Handel, Tourismus, Industrie, Paketlieferdienste – Wirtschaftsverkehr ist  
619 unverzichtbar für  
620 eine Großstadt wie Berlin. Wirtschaftsverkehr geht uns alle an: Wir wollen  
621 frische  
622 Lebensmittel, dass Waren aus der Produktion in die Läden kommen, und wir sind auf  
623 Dienstleistungen angewiesen. Wir möchten eine zuverlässige Stadt, in der  
624 Feuerwehr, Polizei  
625 sowie Ver- und Entsorgung reibungslos funktionieren.  
626 Den vielfältigen Aufgaben und Interessen gerecht zu werden, ist eine komplexe  
627 Aufgabe.  
628 Dieser Herausforderung stellen wir uns – immer mit den Menschen und unserer  
629 Verantwortung  
630 für Berlin im Mittelpunkt.

### 632 **Probleme packen wir an**

633 Wirtschaftsverkehr braucht Ressourcen und verursacht die gleichen Nebeneffekte  
634 wie andere  
635 Verkehre auch. Wir gehen mit den begrenzten Ressourcen effizient und schonend um  
636 und wollen  
637 die negativen Begleiterscheinungen Stück für Stück reduzieren.  
638 Verkehr braucht Fläche. Die Anzahl der Menschen in dieser Stadt nimmt zu, ebenso  
639 ihre  
640 Mobilitätsbedürfnisse. Die Fläche Berlins wächst nicht mit. Deshalb werden wir  
641 die  
642 vielfältigen Verkehrsinteressen in einen fairen Ausgleich bringen. Wir werden den  
643 Wirtschaftsverkehr angemessen berücksichtigen und ihm den notwendigen Raum geben.  
644 Wir

645 erkennen auch, dass privater KFZ-Verkehr den höchsten Flächenanspruch bei  
646 vergleichsweise  
647 geringer Verkehrsleistung hat, besonders der sogenannte ruhende Verkehr. Auch der  
648 alltägliche Verkehrsstau ist wirtschaftsfeindlich.  
649 Die Sicherheit im Straßenverkehr ist ein hohes Gut, insbesondere für die  
650 schwächeren  
651 Verkehrsteilnehmenden. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist für  
652 uns nicht  
653 verhandelbar. Neben dem persönlichen Schicksal und der Trauer belasten im  
654 Straßenverkehr  
655 verletzte und getötete Personen die Wirtschaft Berlins jedes Jahr um hohe  
656 Millionenbeträge.  
657 Kostenintensive Arbeitsausfälle können vermieden werden.  
658 Deshalb wollen wir auch den Wirtschaftsverkehr sicherer machen, unter anderem mit  
659 verpflichtenden Abbiegeassistenten bei LKWs über 7,5t. Wir erwarten, dass der  
660 Senat für die  
661 eigene Flotte und die der landeseigenen Unternehmen die Nachrüstung mit  
662 Abbiegeassistenten  
663 finanziert und fortführt. Auch die entsprechende Förderung von Unternehmen muss  
664 fortgesetzt  
665 werden. Der Senat soll eng mit der Berufsgenossenschaft und der  
666 Versicherungswirtschaft  
667 zusammenarbeiten, um Berufskraftfahrende für die Besonderheiten des sicheren  
668 Fahrens in  
669 einer Großstadt zu sensibilisieren und weiterzubilden.  
670 Die menschengemachte Erderwärmung und unsere Verantwortung für eine  
671 enkeltaugliche Welt  
672 erkennen wir an. Auch der Wirtschaftsverkehr soll einen Beitrag zur Reduzierung  
673 von  
674 Emissionen leisten: durch die Verlagerung möglichst vieler Wirtschaftsverkehre  
675 auf  
676 emissionsfreie Transporte sowie durch die Elektrifizierung und Dekarbonisierung  
677 der  
678 Fahrzeuge. Hier muss Berlin seiner Vorreiterrolle gerecht werden. Eine geeignete  
679 Ladeinfrastruktur ist stadtverträglich zu errichten und dient als  
680 Standortvorteil, auch für  
681 die Ansiedlung oder die Vergabe von Flächen und Grundstücken.  
682 Kurzum: Wir unterstützen den Wirtschaftsverkehr und möchten ihn effizienter,  
683 sicherer,  
684 sauberer und leiser machen.

### 686 **Güterverkehr – ökologisch und modern aufstellen**

687 Wir wollen bestehende Schienennetze effektiver nutzen und neue Möglichkeiten  
688 eröffnen. In  
689 anderen deutschen Städten gibt es Güter-Trams, die das Straßenbahnnetz nutzen.  
690 Dort, wo es  
691 möglich ist, werden für Gütertransporte auch heute schon Wasserwege genutzt. Für

692 eine starke  
693 Wirtschaft werden wir die Potenziale einer intermodalen City-Logistik weiter  
694 ausschöpfen.  
695 Wir sind für einen offenen Umgang mit Verkehrsdaten und eine Open-Data-Plattform,  
696 auf der  
697 Daten zum Verkehrsaufkommen, zu Baustellen oder auch Großveranstaltungen  
698 tagesaktuell  
699 dargestellt werden.  
700 Die vorhandenen tri- und bimodalen Güterverkehrszentren sind dringend  
701 weiterzuentwickeln, um  
702 die Straßen zu entlasten. Zusätzlich braucht es dringend ein landesweites Konzept  
703 für  
704 emissionsfreie Mikromobilität im Wirtschaftsverkehr mit zentralen und dezentralen  
705 Mobility  
706 Hubs. Auch hier muss das Land Berlin als Vorbild voranschreiten und diese auf  
707 eigenen  
708 Flächen mit eigenen Gesellschaften oder geeigneten Partnern realisieren – die  
709 BEHALA leistet  
710 schon jetzt gute Pionierarbeit, die weiter ausgebaut werden muss, weitere  
landeseigene  
Gesellschaften müssen hier einen Beitrag leisten.  
Die Belange des Wirtschaftsverkehrs müssen insbesondere bei der Planung neuer  
Stadtquartiere  
mitbedacht werden. Schwerverkehr auf unseren Straßen muss auch für Fahrer\*innen  
sicher und  
stressfreier werden, zugeparkte Kreuzungsbereiche führen zu Zeitdruck und erhöhen  
die  
Unfallgefahr.  
Paket- und Lieferdienste, Handwerker:innen und Dienstleister sind oftmals auf  
KFZs  
angewiesen, insb. wenn sie Material transportieren. Dazu brauchen sie freie Lade-  
und  
Lieferzonen, bzw. geeignete Halte- und Kurzzeitparkmöglichkeiten, die nah bei den  
zu  
beliefernden Geschäften und Kund:innen liegen. Diese dürfen nicht mit  
Falschparkern belegt  
sein. Regelwidrige Inanspruchnahme durch Verkehrsteilnehmer soll konsequent  
verfolgt und  
sanktioniert werden. Die sog. „Berliner Linie“, d.h. das kurzzeitige Halten oder  
Parken auf  
Radwegen oder Lieferzonen, um z.B. ein Brötchen zu holen, schadet der Wirtschaft  
genauso wie  
den Schwächeren im Straßenverkehr.  
Wir setzen auf digitale Buchungssysteme und ein nachhaltiges Parkraummanagement.  
Wir  
brauchen ein Pilotprojekt zur Ausweitung von Lieferzeitfenstern, um zu testen, ob  
moderne

Technik annähernd geräuschlose Anlieferung auch in den Tagesrandzeiten für Anwohnerinnen und Anwohner erträglich macht. Dies kann ein Anreiz sein, schneller auf elektrische Antriebe umzusteigen.

Vor allem auf der „letzten Meile“ wollen wir Lastenräder und kleinere, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge fördern. Dazu braucht es den weiteren Ausbau zukunftstauglicher

Infrastruktur: Mikro-Depots und Übergabestellen auf Lastenräder. Der Senat muss den

Anbietern dabei helfen, geeignete Standorte zu finden, aber auch gleichzeitig Vereinbarungen

treffen, dass möglichst viele Verkehre von verschiedenen Nutzern zusammengebunden und

effizienter geführt werden. Besonders Lastenfahrräder sind flexibel und nehmen weniger

Fläche in Anspruch. Für diese braucht es geeignete Radverkehrsanlagen, ausreichend breit,

damit auch ein sicheres Überholen möglich ist.

### **Personenwirtschaftsverkehr**

Menschen im Wirtschaftsverkehr wollen wir attraktive Angebote im Umweltverbund machen. Das

entlastet Straßen für diejenigen, die ein KFZ nutzen müssen. Nur mit einem leistungsfähigen

Umweltverbund ist Berlin für Arbeitskräfte als Standort attraktiv.

Der ÖPNV muss flexibel und sicher nutzbar sein, um Menschen zu ihren Beschäftigungsorten zu

befördern. Ausfälle und Verkürzungen sind mit vorausschauender Angebotsplanung zu vermeiden.

Es bedarf dichter Taktzeiten, weiterer Umsteigemöglichkeiten und des Lückenschlusses,

außerdem ausreichender und ausgebildeter Fahrer:innen. Die dafür notwendigen Mittel wollen

wir ausweiten und bereitstellen. Ein guter ÖPNV ist nicht bloß eine ökologische und soziale

Frage, sondern die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität.